

BESCHLUSS | 34. Landestag der JU Sachsen-Anhalt am 17.05.2025

Reform des Faches Sozialkunde statt neuem Pflichtfach „Wirtschaft“

Antragsteller: Kommission Bildungs- und Hochschulpolitik, Kultur

Die Junge Union Sachsen-Anhalt fordert das Ministerium für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt auf, die aktuell geplante Einführung eines neuen gymnasialen Pflichtfaches „Wirtschaft“ für die Klassenstufen 7 und 8 ab dem Schuljahr 2026/2027 in der derzeit vorgesehenen Form nicht vorzunehmen. Stattdessen fordern wir das Ministerium auf, aus dem bestehenden Fach Sozialkunde, das bereits jetzt u.a. für wirtschaftliche Bildung zuständig ist, ein Fach „Politik und Wirtschaft“ („PW“) zu entwickeln und dabei die Vermittlung ökonomischen Wissens stärker zu fokussieren. Dieses Fach sollte folgendermaßen gestaltet sein:

- Der Fachlehrplan des Faches Sozialkunde, dann „PW“, muss überarbeitet und stärker auf die ökonomische Bildung ausgerichtet werden.
- Das Fach Sozialkunde, dann „PW“, wird an allen weiterführenden Schulen zum Pflichtfach für die Klassenstufen 7 bis 9.
- Die Pflichtstundenzahl wird für Klasse 7 und 8 auf eine, für Klassenstufe 9 auf zwei Unterrichtsstunden pro Woche festgelegt. Perspektivisch sollte auch eine Zweistündigkeitsprüfung in Klassenstufe 8 geprüft werden.
- Die Stundenkapazität wird durch eine flexible, schulindividuelle Reduzierung der Stundenzahl eines anderen Nebenfachs erreicht, die je nach Personalausstattung der jeweiligen Schule durch die Schulleitung festgelegt wird.
- Das gymnasiale Fach „Wirtschaftslehre“ als Wahlpflichtfach zur individuellen Profilierung der Schüler ab Klassenstufe 9 wird beibehalten.
- Das Fach „Wirtschaft“ an der Sekundarschule kann im weiterentwickelten Fach „PW“ aufgehen.